

Themenblock IV: Umwelt, Verkehr, Energie, Bau...

Deutschland befindet sich mitten in der Energiewende. Es war richtig, den Atomausstieg zu beschließen, doch meine ich, wir müssen den Umstieg auf die regenerativen Energien realistisch angehen. Wir werden wohl länger als bisher berechnet auf Übergangsformen der Energiegewinnung vertrauen müssen - und das sollten wir uns rechtzeitig eingestehen. Deshalb bleibt es wichtig, für diese Zeiträume auf die weniger die Umwelt belastenden Energien zu setzen. Bei aller Vorsicht vor der Atomenergie ist sie in unserem Land durch hohe Sicherheitsstandards eine recht verlässliche. Doch den Müll, den sie auf Tausende von Jahren produziert, müssen wir unterzubringen wissen. Endlagersuchen müssen daher mit viel größerer Vehemenz als bislang vorangetrieben werden.

Die Energiewende müssen wir alle gemeinsam tragen. Unternehmen dürfen nicht aus wirtschaftlichen Gründen vor einer finanziellen Beteiligung daran verschont werden. Auch darf es keine Ausreden geben, wenn auch vor der eigenen Haustüre Lagerstätten in Betracht gezogen, Windräder gebaut oder Stromleitungen verlegt werden. Die Bürger müssen aber rechtzeitig und von Beginn an in solche Planungen einbezogen und dürfen nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Gleichzeitig muss Deutschland weltweit eine Vorbildfunktion übernehmen, wenn es um den Fortschritt in der Energiegewinnung geht. Egal, welche Zusammenhänge zwischen Klimawandel und Treibhausgasen bestehen - schon allein unserer Gesundheit und der Umwelt zuliebe braucht es ein weltweit stringenteres Vorgehen. Scheiternde Klimagipfel darf es nicht mehr geben, viel eher müssen wir im Zweifel auch mit politischem Druck Änderung in den Köpfen anderer Völker erzwingen.

Die Infrastruktur in Deutschland ist zwar gut ausgebaut, kommt aber in die Jahre. Daher braucht es Investitionen, die durch Umlagen, die Einführung einer Maut für alle Fahrzeuge auf deutschen Straßen und Steuern zu erhöhen sind. Der Anreiz für öffentliche Verkehrsmittel muss durch Sozialtickets, Zonenkarten und Steuervergünstigungen attraktiver gemacht werden. Die Schiene ist auch für die Wirtschaft als vorrangiges Transportmittel ausgestaltet werden. Dafür braucht es, ebenso wie für den Personenverkehr, eine Instandsetzung der Gleise im Land. Die Bahn muss zum stärkeren Einsatz im Inland bewegt werden, ein Börsengang darf es nicht geben, um den Einfluss des Staates nicht zu beschneiden. Sie darf sich nicht aus der Breite entfernen, sondern muss bestehende Bahnhöfe sanieren und den Nah- und Fernverkehr gerade auf den vielbefahrenen Linien ausbauen. Auch auf dem Land wird die Bahn gebraucht. Die "Schwarzwald-Bahn", die "Gäu-Bahn" und die "Bodensee-Ringlinie" dürfen nicht ins Abseits gedrängt werden. "Stuttgart 21" ist als Milliarden-Fehlinvestition sowie massiven Planungsmängeln, gerade in Fragen der Barrierefreiheit und Nutzerfreundlichkeit, zu stoppen.

Die regionalen Flughäfen sind eine erhebliche Entlastung für die großen Drehkreuze und ermöglichen Mobilität auch zwischen den großen Städten. Ihre Förderung darf nicht gekürzt werden, wenn ihre Rentabilität unbestritten ist. Steuern auf Kerosin sind wichtig, damit auch diese Branche einen Beitrag zur Energiewende beiträgt. Die Menschen in Flughafennähe müssen in aller Planung um neue Flugrouten, Start- und Landebahnen oder Nachtflugzeiten berücksichtigt werden. Eine weitere Belastung von Anwohnern ist unzumutbar. Der Fluglärm schädigt den Tourismus. So kann auch nicht hingenommen werden, dass andere Staaten die eigenen Bürger schützen, indem sie Flugzeuge besonders lange über fremdem Territorium fliegen lassen. Der entsprechende Staatsvertrag mit der Schweiz darf nicht ratifiziert werden. Auf der Straße muss der LKW-Verkehr reduziert, Ruhezeiten strenger kontrolliert und ein Tempolimit auf Autobahnen eingeführt werden.

In der Umweltpolitik müssen sich Naturschutz und Bedürfnisse der Bevölkerung ein Gleichgewicht halten. Landschaftsschutzgebiete dürfen nicht dazu führen, dass sämtliche Wohnbebauung verhindert wird. Denn nur durch mehr Wohnraum können die Mieten - neben zu kappender Spekulation - in Deutschland gesenkt werden. Die Mülltrennung ist weiterhin als Kern unseres Umweltbewusstseins zu verankern. Entsprechend müssen die Gebühren hierfür bezahlbar bleiben. Die Architektur in den Städten ist dem Umfeld anzupassen, historische Bauten sind im Zweifel immer zu erhalten oder in möglichst originalgetreuem Zustand wiederherzustellen.

In der Baupolitik ist das Prinzip der Nahverdichtung zu forcieren. Der ländliche Raum ist durch entsprechende Projektförderung wieder zu einem lukrativen Lebensumfeld zu machen, Berufszweige sind durch gezielte Anreize dort neuerlich anzusiedeln. Die energetische Sanierung muss ein förderwürdiges Unterfangen bleiben, auch in der Strompreisversorgung ist durch staatlichen Input eine Regulierung zu erzielen. In der Landschaftsplanung sind Bürgerinnen und Bürger als fachkundige Begleiter vor Ort zu hören.

Die Landwirtschaft ist in unserem Land ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Die Förderung der Bauern ist jedoch verstärkt an Bio-Produktion zu koppeln, in ihrem Umfang müssen die bestehenden Subventionen hinterfragt werden. Die Überproduktion ist zu drosseln und die Landwirtschaft zu neuen Produktzweigen zu ermutigen. Der Tierschutz ist durch verstärkte Kontrollen, gerade in Großbetrieben, ernster zu nehmen. Die Haltung von Tieren zu schaustellenden Zwecken (Zirkus...) ist an enge Richtlinien zu binden. Deutschland muss sich international verstärkt für den Artenschutz einbringen, der Import von Waren, die in den Herkunftsländern unter dubiosen Umständen hergestellt wurden (auch schlechte Arbeitsbedingungen gehören hier dazu) sind in Frage zu stellen und die dortigen Verantwortlichen zu Reformen zu drängen, die Entwicklungshilfe muss hierbei Unterstützung leisten.

Die Belastung durch Umweltgifte muss durch die Politik viel sensibler angegangen werden. Elektromagnetische Strahlung ist durch den wachsenden Gebrauch der Mobilfunktechnik zu einer ernsthaften Bedrohung für Lebewesen geworden. Antennenstandorte sind deshalb nach außerhalb der Wohngebiete zu verlagern, das Baurecht gilt es anzupassen. Die Nutzung von Handys und mobilen Endgeräten muss durch entsprechende Kampagnen der Aufklärung über allfällige Schädigungen begleitet werden. Hausbesitzer, die Anlagen auf ihr Dach setzen, sind in umfangreichem Maß für eventuelle Folgen haftbar zu machen. Die Schaffung von Elektrosmog-freien Zonen ist im Sinne von Betroffenen zu garantieren.